

Er scheint täglich
auszugehen mit Ausnahme der
Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis
monatlich 50 s. jährlich 1.50 s.
Frankfurt, in den Bann. Durch
die Post bezogen 1.60 s.

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsbeilage), durch
die Post nach bester Post
monatlich 10 s. jährlich 30 s.

Die Neue Welt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weiskeneis-Zei,
Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Geißestraße 21, erster Hof parterre rechts.
Telegraphen-Adresse: Volkshaus Halle.

Insertionsgebühren
betragen für die gewöhnliche
Zeile für deren Raum
15 s. für Wohnungs-
anzeigen und Verlagsan-
zeigen 10 s.

In redaktionellen Teilen
kann die Zeile 50 s.

Insertate für die halbjährige
Nummer müssen spätestens
sonntags 1/2 Uhr in der
Expedition abgegeben sein.

Eingetragen in die Post-
zeitungsliste unter Nr. 7206.

Nr. 12.

Freitag den 15. Januar 1897.

8. Jahrg.

Hydra der Revolution oder Kulturkampf?

Nach einem bekannten Ausspruch des früheren Ministers von Puttkamer lautet hinter jeden Streit die Hydra der Revolution. Nun darf es zwar nicht wundernehmen, wenn Puttkamer mit einer so gewaltigen Erscheinung, wie es die Arbeitsstellungen sind, nichts anderes anzufangen weiß, als daß er sie mit einem vielstöpfigen Ungeheuer vergleicht; aber daß die gleiche Ansicht in ziemlich vielen bürgerlich denkenden Köpfen noch ipso, verlohnt es sich, sie zu betrachten.

Im eben beendeten Jahre haben über 200 000 Arbeiter zu dem Mittel der Arbeitsentstellung greifen müssen, um sich bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Kann wirklich, wie einschüchtlende Spießbürger behaupten, eine so großartige Tatsache als das Ergebnis der Hegelein gewissensloser Kapitalisten hingestellt werden? Und sollte nicht die große Mehrheit der Streikenden zu den Unorganisierten, also zu dem leider noch so großen Teile der Arbeiterklasse, der noch nicht voll zum Klassenbewusstsein erwacht ist und erkant hat, daß der erfolglose Kampf gegen den Kapitalismus nur durch Eingliederung in das Heer der organisierten Arbeiter geführt werden kann?

Es mag zugestanden werden, daß die gegen die Vorjahre günstigere Geschäftslage des Jahres 1896 einen Teil dazu beigetragen hat, daß die Arbeiter, die in fünf Jahre lang sich den steigenden Druck des Kapitalismus gefallen lassen mußten, nunmehr zu einem Gegenstand sich ermannen haben, aber allein kann darauf die bedeutungsvolle Erscheinung nicht zurückgeführt werden. Kein, die Massenstreiks sind der Schmerzschrei der geprehten Arbeiterklasse, die infolge empfinden, wenn sie jetzt, bei günstiger Geschäftslage, nicht eine Besserung ihrer Verhältnisse erringen, dieses unabweisbare Ziel dann, wenn erst wieder die unermessliche Depression eingetreten sein wird, erst recht nicht erreichen können.

Genoß! Es liegt in diesem dumpfen Aufstreich der Seelen ein starkes revolutionäres Moment. Sie alle werden irre an der „göttlichen Weltordnung“, sie alle geben zu erkennen, daß sie nicht gewillt sind, lediglich als Angeheute sich drangsalieren und um das Menschenrecht, neben der Arbeit das Leben auch genießen zu können, betrogen zu lassen. Und wer erst einmal an der Rechtspflicht der kapitalistischen Ordnung zweifelt, für den ist der Augenblick nahe gerückt, in dem er sich bewußt und mit klarer Erkenntnis dem sozialdemokratischen Arbeiterheere einreißt. Wer in diesem Hinüberziehen der noch unangeführten Massen in das sozialdemokratische Sammel- und Klärungsgefäß eine Hydra der Revolution erblickt, kann es also thun.

Im übrigen hat die deutsche Sozialdemokratie bisher allen Ver suchen, die Arbeiter zu Putzigen zu treiben und sie als Futter für die Kleinrenten misbrauchen zu lassen, ent schieden und erfolgreich widerstanden. Sie lüdt ihre For derungen auf dem gesetzlichen und parlamentarischen Wege zur Geltung zu bringen. So sehr sich auch gewisse Richtungen Mühe geben, die Arbeiter zum Verlassen dieses einzig rich tigen Weges zu bewegen, so wird ihnen das nicht gelingen. Durch die Sozialgesetz glauben die Herrschenden die Ar beiterklasse der Sozialdemokratie entfremden zu können. Man bestrebt damit, wie wenig man das Wesen der modernen Ar beiterbewegung versteht, die sich nie und nimmer durch kleine Abschlagszahlungen und geringe Zugeständnisse von ihrer großen Kulturarbeit, der Menschheit eine gerechte, natü rliche und für alle Zeiten dauernde Unterlage für ein ge bühliches Zusammenleben zu geben, abbringen lassen wird. Die Zeit der klavischen Untermüßigkeit des Arbeiters ist ein für allemal vorbei. Er fordert sein Recht und wird es sich er kämpfen. Dagegen ist „religiöse Frucht“ ebenso ohnmächtig wie brutale Gewalt.

Wohl giebt es noch — leider — eine breite Masse des Proletariats, die den Geist der Zeit noch nicht erfasst hat, die zum proletarischen Klassenbewusstsein noch nicht durch gebracht ist, aber sie werden nach und nach alle von der großen sozialen Bewegung mit erfasst und fortgerissen, einer Bewegung, die ihre eigenen noch nicht gefaßt hat, so sehr die Verlehten und Gelehrteten sich auch an dem Beweise die Hände klumpen heißen, daß es schon immer sozialdemo kratische Bestrebungen und Strömungen gegeben habe. Wir verlangen Freiheit, Gleichheit und Recht für alle, das schönste und höchste Ziel, das gesetzt werden kann und das nur von solchen verfaßt und bezert wird, die ihre Borrechte als Ausbeuter dabei zu verlieren fürchten. Die Arbeiterbewegung geht vorwärts, mag die herrschende Klasse sich zu ihr stellen, wie sie will.

Es ist falsch, als wohlgenährter und höher gestellter Rentner, als Profit emittirender Unternehmer dem Arbeiter Zu freudebeten zu predigen. Die Nachwelt aber wird den Kampf der Arbeiterklasse um Brot, Recht und Freiheit als be wahren Kulturkampf feiern. Eine Gesellschaft, die

nur bestehen kann auf der Unterlage eines schredenerregenden Massenlebens, das den einen zum Selbstmord, den andern zum Verbrechen, den dritten zum Stummsinn oder zum Schnapfe treibt, eine solche Gesellschaft kann keinen Bestand haben. Und insofern, als jeder Ausstand mehr oder weniger die noch unangeführten Massen zur Erkenntnis ihrer Klassenlage bringt und sie der Sozialdemokratie zu treibt, insofern ist jeder Streit ein weiteres Umsichgreifen des großen und zwar offeneren, aber zugleich herrlichen Kulturkampfes, der nicht eher zu Ende sein wird, als bis das kapitalistische Ungeheuer zertrümmert am Boden liegt und die Wahrheit, Freiheit und Brüderlichkeit ihr stolzes Banner aufpflanzen kann.

Wesiger Reichstag.

151. Sitzung vom 13. Januar 1 Uhr.

Die zweite Beratung des Etats des Reichs mit dem Innern wird beim Gehalt des Staatssekretärs fortgesetzt.

Abg. v. Hüben (fraktionslos) hat die gefügigen sozialdemo kratischen Ausführungen über die Fabrikinspektoren besonders im Reglementbesitz feststellend gefolgt. Die Fabrikinspektoren müßten mit der Arbeiterklasse zusammengehen. Das ist das beste Mittel die Arbeiter der politischen Arbeitervertretung der Sozial demokratie zu ziehen. Besonders ist auch, daß die christlichen Arbeitervereine jetzt mit Missionen angehen werden, selbst um praktische Ziele verfolgen. Redner wendet sich dann gegen die von Herrn v. ... vertretenen Ansichten über die Arbeiter vertretung.

Präsident v. Suol unterbricht den Redner, indem er ausführt, daß die Reden des Herrn v. Suol in Meinungen in seiner Bezeichnung zum Gut des Innern stehen. (Zurück.)

Staatssekretär v. Bötticher wendet sich privatim zum Redner und erklärt, er sei für diese Reden nicht verantwortlich. (Große Gelächter.) Hüben (fortfahrend): Freier v. Suol hat in Arbeiterfragen seinen Verbindungsbande erbracht als Ueber bringer förmlicher Telegramme. (Sehr viel bei den Sozialdemo kraten.) Die Rede des Herrn v. Suol zu dem Arbeiter hat eine verwegene Neugierigkeit mit der Rede des Händlers zum Taube.

Abg. v. Suol wendet sich gegen Hüben und betont, daß er schon früher für die Organisation der Arbeiter sich ausgesprochen habe und daß er ein Zusammengehen von Arbeitgebern und Arbeitern zum Wohle der letzteren fürwärtig habe. Auf eine Anfrage des Abg. Hübner (d. Reformpartei) er widert Staatssekretär v. Bötticher: Auf Grund der vielfachen Klagen wegen der Arbeiterverordnungen habe ich ein Rundschreiben an die Bundesstaaten erlassen, worin ich aufgefordert habe, mir über die Wirkung der Verordnung zu berichten, und zwar bis zum 1. Januar d. J. Die Verordnung ist noch nicht von allen Regie rungen eingegangen. Darin stimmen aber alle Berichte überein, daß heute ein abfälliges Urteil noch nicht gefällt werden könne, sowie daß Abänderungsvorschläge verfaßt wären.

Abg. Webel (so.) glaubt, daß es zu einem Einmütigen gegen die Verordnung im Hause kommen werde. Nach den Erklärungen des Staatssekretärs ist noch alles in der Schwebe. Die Konser vativen, Nationalliberalen und Freiregimier seien in dieser Frage ein Herz und eine Seele. Zweifelslos lämen eine ganze Anzahl Weiler mit der Verordnung ganz auf aus. Anmerkungen sei, daß die Berliner Polizei wenigstens die Kontrolle über die Aus führung der Verordnung inne habe. Doch komme es oft genug vor, daß die Vorschriften umgangen würden und die Strafe für die Zuwiderhandelnden sei die erstaunlich niedrig bemessen. Nach heute hätte in einer Reihe von Berliner Betrieben laut einer Privatstatistik Arbeitseinstellungen von 12 1/2 Stunden vor. Nach heute würden in Berlin die Betriebe länger als die anderen beschäftigt. Offenbar würden die Regierungen nicht dazu kommen, die Verordnung auszugeben, vielmehr die Schlußmaßregeln verfaßt. Die Unterdrückung der Arbeiterverbände in den Bundesstaaten müßten fortgesetzt werden.

Staatssekretär v. Bötticher möchte nicht dazu raten, eine zweite Genue über das Arbeitergesetz auszusetzen. Das Rund schreiben fordere keine partielle Darstellung der Verhältnisse und erwarde objektive Zusammenfassung, die dem tatsächlichen Zustande ent spreche. Man werde sich im Bundesrat weber durch die laute Tonart von rechts noch von links beeinflussen lassen.

Abg. v. Harbort (Reichsp.) meint, es wäre zu wünschen, daß die Rundfrage erledigt wurde bevor die meisten kleinen Bädermeister konträrtr würden. Die Bäder sei eins der gefährlichsten Gewerbe.

Abg. Graf Stolberg (son.) schließt sich dem an. Staatssekretär v. Bötticher bemerkt, daß er gegen den Freier v. Suol unter Hinweis auf den Gehalt des Hauses. (Eigenschaft Schmidt-Gibberfeld ruft den Redner zur Sache.) Hüben er klärt sich schließlich für die Beibehaltung der wärdiger Verordnung.

Abg. Wasmuth (frei. Volksp.) betont, daß seine Partei nicht jede Verordnung ähnlicher Artens anzuheben haben würde.

Abg. Kitz (Junker) hält die einzige Anbahnung der Ver ordnung für unmöglich. Im Hinblick auf die neuerlichen Ver bebungen würden freilich Modifikationen vorgenommen werden können.

Staatssekretär v. Bötticher erklärt, daß bezüglich der Zu sammenfassung der Verordnungen im Reichstag eine event. förmliche Angabe des Inhalts der einzelnen Verordnungen, soweit sie nicht identisch sind, ins Auge gefaßt werden soll.

Abg. Fißcher (frei. Volksp.) erklärt, daß seine Partei nicht im Prinzip alle Arbeiterausbestimmungen wieder ab und fragt er, ob die landwirtschaftlichen Betriebe als Geschäftsbetriebe für den Reichstag in Betracht kommen. (Zurück.)

Staatssekretär v. Bötticher erwidert, seiner Ansicht nach können unbedeutend landwirtschaftliche Maschinen in landwirts chaftlichen Betrieben angegeben werden. Es folgen Bemerkungen der Abg. v. Suol (Reichsp.) und v. Dierckmann (Volksp.). Auf Anfrage des letzten erklärt Staatssekretär v. Bötticher, daß die Erhaltung für den Abg. Hof sofort in die Wege ge setzt worden ist, sobald der Reichstag die Wahl für ungültig er klärt habe.

Abg. Dr. Pützgenau (so.) polemisiert gegen den Abg. v. Suol und verbreitet sich über die Frage der Arbeiterorganisationen und Wünsche in den Bergwerken über die sich die Berichte der In spektoren nicht ausdrücken. Die ganze Sozialreform sei zu be trachten. Herr v. Bötticher sei gegangen und Herr v. Bötticher habe sich beim Hamburger Streit auf die Seite der Arbeitgeber gestellt.

Auf eine Bemerkung des Abg. Dr. Hübel (Reichsp.) entgegnet Staatssekretär v. Bötticher, die Frage der Entmündigung von Trunkfächtigen sei noch zurückgestellt. § 823 der B. O. (Verurteilung der Schanftitäten) und das Bürgerliche Gesetzbuch, daß die Entmündigung zulasse, hätten dem Gegenstande vorgebracht.

Abg. Weger (so.) zitiert aus dem sächsischen Landgerichts berichten die Rede des Ministers Wegig und weist nach, daß in dem „Hellen Sachsen“ im Vereinsrecht mit zweierlei Maß gemessen werde.

Abg. Wenz (so.) bespricht Mißstände in den Arbeitsverhältnissen der Biergearbeiter und betont die Notwendigkeit der Wieder einstellung von Aufsichtsbearbeitern. Auch müsse, um eine Besserung herbeizuführen, der Organisation der Arbeiter freies Spielraum gegeben werden. Besserungsbedarf sei das Lohnsystem und zu beizugehen das verschleierte Lohnsystem, von dem der Bericht des Vorredners Impulsoren spreche.

Darauf wird die Fortsetzung der Beratung auf Donnerstag 11 Uhr verortet.

Präsident Herr v. Suol macht dem Hause die Mitteilung, daß der Abg. Stephan-Torgau (Reichsp.) heute früh am Berschlag verstorben sei. Die Mitglieder erheben sich von ihren Sigen. Schluß 5 1/2 Uhr.

Tagesgeschichte.

Reichstagswahlen müssen stattfinden im Wahlkreise Torgau-Liebenwerda, da in der Nacht zum Mittwoch der Vertreter des Kreises, der freiwirtschaftliche Rittergutsbesitzer Stephan in Martinskirchen bei Müßberg gestorben ist. Bei der Wahl 1893 fielen auf ihn 823 Stimmen, auf den freiwirtschaftlichen Kandidaten 5212 und auf den Genossen Müllers-Schneitzig als sozialdemokratischen Kandidaten 2242 Stimmen. Ferner muß im Wahlkreise des Zentrumsmannes Schädler (Schädler in Mittelrand) eine Nachwahl stattfinden, weil Schädler zum Domkapitular in Hamburg beordert worden ist. Der Kreis ist fest im Besitze des Zentrums.

Die Militär-Strafprozess-Ordnung scheint noch eine Reihe von Leidenständen durchmachen zu müssen, bevor sie an den Reichstag gelangt. Von verschiedenen Bundes staaten sollen Abänderungsanträge vorliegen, Bayern soll sich über seine Abänderungsanträge noch nicht einmal schlüssig geworden sein.

Die Nationalliberalen, die soeben im preussischen Landtag für die Beschränkung des Versammlungsrechts ein traten, bekräftigen zugleich eine Beschränkung der Presse durch Verschärfung der Beleidigungsparagraphen. Alles im Namen der Freiheit und der Kultur. Der Nationalliberalis mus bringt es zu Stande, was sonst niemandem gegeben ist: sich selbst ins Gefäß zu packen!

Dem Abgeordneten Freiherrn v. Suol und Konsorten ins Stammbuch. Ueber die Art, die Religion zum Deklamator politischen Bekehrungen zu machen, äußerte sich jemand wie folgt: „Alle Deutschei, Scheinheiligkeit, karum alles Kirdeuweisen als Mittel zu egoistischen Zwecken ist zu entlarven, wo es nur möglich ist. Die wahre Heiligkeit zeigt sich im ganzen Verhalten des Menschen, und dies ist immer ins Auge zu fassen und von äußerem Gebahren und Schanftellungen zu unterscheiden.“

Dieser Jemand war der spätere Kaiser Wilhelm I. Das mag sich Herr Suol als Vater aller Unterdrückungs maßregeln, der Eheverbote, Beleidigungen etc. etc. merken.

In dem Verfahren gegen v. Tausch hat Rechts anwalt Dr. Sello an seinen Mandatar ein längeres Schreiben gerichtet, worin er mittelst daß er aus gewissen Gründen sein Mandat als Verteidiger von Tausch niederlege.

Das Auge, das nicht lägen kann, fürchtet sich. In den Beleidigungsprozess Stöder wider Schmudow in Saarbrücken beantragte am Dienstag der Rechtsbeistand Stöders die Verurteilung bis zur Entscheidung in der gegen den Freiherrn v. Suol in Reankirchen schwebenden Beleidigungsangelegenheit, dem Freiherr v. Suol habe, wie be kannt, zeugendich bestätigt, daß seine Kritik die ausbrüchliche und uneingeschränkte Billigung des Kaisers gefunden habe. Es handle sich in diesem Prozesse aber auch um den Abdruck der Stimmigen Rede, und über diese könne nur nach Prüfung des Wahrheitsbeweises entschieden werden. Der Beklagte, Redakteur Schmudow und sein Verteidiger widersprachen dem Antrag des Klägers, da es sich laut Eröffnungsbefehlendes lediglich um die von dem Beklagten behauptete Thatsache handle, daß die Stimmige Kritik die ausbrüchliche und uneingeschränkte Billigung des Kaisers gefunden habe. Der Gerichtshof schloß sich dieser Ansicht an und lehnte die Verzagung ab. Der Reichsbeifahrer Stöders zog darauf die Klage zurück. Der Gerichts hof beschloß, dem Kläger Stöder sämtliche Kosten des Verfahrens aufzulegen.

Der Mohr ist gegangen. Margarine Mohr hat sein Mandat als preussischer nationalliberaler Leubnigsabgeord-

